



Öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde Uedem
Satzung vom 08.11.2017 zur 20. Änderung der Satzung über die Erhebung
von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Gemeinde Uedem
(Abfallentsorgungsgebührensatzung) vom 25.10.1995

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) und der §§ 1, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712), beide Gesetze in der jeweils gültigen Fassung, in Verbindung mit der Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Uedem (Abfallentsorgungssatzung) vom 07.07.2000 hat der Rat der Gemeinde Uedem am 06.11.2017 folgende Satzung zur 20. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Gemeinde Uedem (Abfallentsorgungsgebührensatzung) vom 25.10.1995 beschlossen:

Artikel I

§ 4 Absätze 2, 3 und 5 erhalten folgende Fassung:

- (2) Die Gebühren für die 14-tägige Leerung eines Restabfallbehälters (Graue Tonne) betragen jährlich bei einem Fassungsvermögen von

80-Liter grau	123,15 €
120-Liter grau	170,43 €
240-Liter grau	306,01 €
770-Liter grau	967,60 €
1.100-Liter grau	1.371,99 €

- (3) Die Gebühren für die 4-wöchentliche Leerung eines Abfallbehälters für Papier, Pappe, Kartonagen (Grüne Tonne) betragen jährlich bei einem Fassungsvermögen von

120-Liter grün	3,80 €
240-Liter grün	3,00 €
770-Liter grün	24,10 €
1.100-Liter grün	33,80 €

- (5) Die Gebühr für Abfallsäcke mit einem Fassungsvermögen von 70 Litern (Restabfallsack) bzw. 80 Litern (PPK-Abfallsack) betragen pro

Restabfallsack	3,70 €
Papiersammelsack	2,50 €

Artikel II

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2018 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende Satzung der Gemeinde Uedem wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Uedem, den 08.11.2017

gez. R. Weber

(Rainer Weber)
Bürgermeister